

# 25 Jahre nach Tschernobyl, sechs Wochen nach Fukushima Die richtige Zeit zum Ausstieg!

Die leeren Straßen und Häuser einer Geisterstadt: die 4 km vom Kraftwerk Tschernobyl entfernte Stadt Pripjat.  
Foto: Elena Filatova / [www.elenafilatova.com](http://www.elenafilatova.com)



Die auf diesen Seiten gedruckten Bilder aus der Region Tschernobyl stammen von Elena Filatova. Mehr über die ukrainische Autorin und Fotografin lässt sich erfahren unter [www.elenafilatova.com](http://www.elenafilatova.com), wo auch weitere Bilder (nicht nur zu Tschernobyl) zu sehen sind. Ein Porträt mit Interview, das die Onlinezeitschrift „Wirtschaftswetter“ 2007 über sie veröffentlichte, findet sich auf: [www.wirtschaftswetter.de/ausgabe74/landofthewolves.html](http://www.wirtschaftswetter.de/ausgabe74/landofthewolves.html) Wir danken für die freundliche Erlaubnis, die Fotos wiedergeben zu dürfen.

Bedeutet der dreifache GAU von Fukushima das Ende der Atomenergie? Wohl noch nicht. Leider. Kann er hier zu Lande den Ausstieg aus der Atomenergie beschleunigen? Danach sieht es derzeit aus. Und das zumindest ist eine gute Nachricht. Doch die Atomlobby spielt auf Zeit.

**N**och immer glühen die – mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit – zumindest teilweise aufgeschmolzenen Reaktorkerne der Atomkraftwerke Fukushima-Daiichi 1, 2 und 3 vor sich hin, setzen weiterhin große Mengen an Radioaktivität frei und es wird wohl noch Monate dauern, bis die Reaktionen in den zerstörten Kraftwerken so weit abgeklungen sind, dass mit einer „Einsargung“ à la Tschernobyl begonnen werden kann.

Bis dahin wird nicht nur die nähere Umgebung massiv verseucht, sondern über das Kühlwasser fließt ein erheblicher Teil des freigesetzten radioaktiven Materials in den

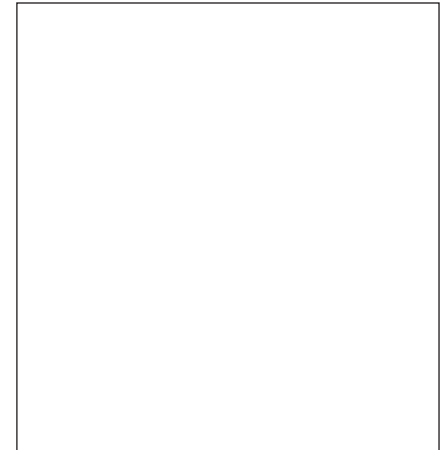
Pazifischen Ozean vor der Nordküste der japanischen Hauptinsel Honshu. Dort wird sich das Material zwar rasch im Meer verdünnen, aber langlebige Radionuklide werden sich in der Nahrungskette anreichern und in absehbarer Zeit auch auf den Fischtafeln und nicht nur in den Sushi-Restaurants hier zu Lande serviert werden. Keine schönen Aussichten, aber kein wirklicher Grund zur Panik.

## **Anwohner und Arbeiter sind die Opfer**

Um es klar zu sagen: Ist es auch sehr wahrscheinlich, dass die Katastrophe von Fuku-

shima weitaus mehr Radioaktivität in die Umwelt entlässt als der Brand von Tschernobyl, so wird uns doch vergleichsweise wenig davon erreichen. Das ist kein Trost. Weder für besorgte Eltern hier noch für die Opfer, die derzeit in hastig ausgewiesenen Notunterkünften wider alle Erwartung hoffen, doch noch in ihre vom Tsunami zerstörten und vom Super-GAU verstrahlten Heimatorte zurückkehren zu können.

Auch den Arbeitern, die seit dem 11. März tagtäglich ihr Leben aufs Spiel setzen, um das Allerschlimmste zu verhindern, gebührt Hochachtung und Respekt ebenso wie den Liquidatoren von Tschernobyl Hochachtung



und Respekt zuteil werden muss. Denn viele von ihnen werden an den Folgen der Strahlung, der sie ausgesetzt sind, erkranken und langfristig auch sterben. Sie sind wie die Anwohner die Opfer der Katastrophe.

Das alles ficht die internationale Atomlobby nicht an. Schon jetzt wird fleißig an der Tsunami-Legende gepaart mit menschlichem Versagen als Ursachen einer Katastrophe gestrickt, die so ausgeschlossen war wie die Titanic einst unsinkbar. Dummerweise ist beides passiert. Und mögen 1912 ein Eisberg und 2011 ein Seebeben mit anschließendem Tsunami Auslöser der Katastrophen gewesen sein – die Ursache waren sie weder damals noch heute.

### Eine Geschichte vom Lügen, Ver-tuschen, Verschweigen

Wirft man einen Blick in die Geschichte der Atomenergie, so sind schwere Reaktorunfälle und Verstrahlungen von Arbeitern, Wissenschaftlern und auch der Umgebung seit den Anfängen vor über 100 Jahren ein ständiger Begleiter. Die Liste prominenter Opfer reicht von Marie Curie, die nicht nur selbst an Strahlenkrebs starb, sondern auch ein ungeborenes Kind durch Strahleneinfluss verlor, über die Opfer von Hiroshima und Nagasaki und die große Zahl ungenannter Soldaten, die den Atombombentests der 1940er- und 1950er-Jahre zum Opfer fielen, hin zu den Liquidatoren von Tschernobyl und aktuell von Fukushima. Hinzu kommen zehntausende Bergleute,



25 Jahre haben ihre Spuren auf all den Warnschildern um Tschernobyl hinterlassen. Völlig unverändert für die nächsten Jahrtausende bleibt die radioaktive Strahlung – es sei denn, der Beton-Sarkophag der Reaktorrüine stürzt ein. Das könnte eine zweite Katastrophe nach sich ziehen.  
Foto: Elena Filatova / www.elenafilatova.com

die beim Abbau von Uranerz verstrahlt wurden und werden. Dies auch in Deutschland, bei der Wismut im Erzgebirge. Noch zu erwähnen ist Paul Jacobs, der in den 1960er- und 1970er-Jahren die Folgen der Atombombentests von Nevada aufdeckte und selbst Opfer einer mutmaßlich strahleninduzierten Krebserkrankung wurde. Die Bilanz ergibt allein seit 1945 eine an die Million reichende Zahl von Opfern.

Lässt man die militärische Seite weg, findet sich immer noch eine beeindruckende Liste schwerer und schwerster Vorkommnisse. Die großen Unfälle – Majak am Ural 1957, Harrisburg 1979, Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 –, sie sind nur die Spitze des Eisberges. Und sie haben alle eines gemein – ob Harrisburg, Tschernobyl oder jetzt in Japan: Betreiber und Behörden versuchen

25 Jahre danach:

## Tschernobyl – Chronik einer Katastrophe

+++ 26. April 1986, 1.23 Uhr, 58 Sekunden +++  
Während eines Experiments im Block 4 des ukrainischen AKWs Tschernobyl gerät der Reaktor außer Kontrolle. Eine Notabschaltung von Hand bleibt wirkungslos. Eine erste Explosion schleudert die obere, tausende Tonnen schwere Platte des Reaktors weg, brennendes radioaktives Material wird herausgeschleudert, das radioaktive Inventar freigesetzt. An mehr als 30 Stellen treten Brände auf. Rauch und Dampf bilden eine strahlende Wolke, die über die westlichen Teile der Sowjetunion und weiter Richtung Mitteleuropa hinwegzieht. Schließlich breitet sie sich über die ganze nördliche Erdhalbkugel aus. Insgesamt wird

das rund zehnfache der Radioaktivität der Atombombe von Hiroshima über diese radioaktive Wolke freigesetzt.

+++ 26. April, 4.30 Uhr +++  
Der Schichtleiter meldet der Kraftwerksleitung, dass der Reaktor intakt geblieben sei, obwohl Bruchstücke des Brennstoffes offen rumliegen. Bis zum darauf folgenden Abend beharrt die Kraftwerksleitung darauf, dass der Reaktor nur gekühlt werden müsse.

+++ 26. April 1986, vormittags +++  
Während im Atomkraftwerk Feuerwehrleute ohne

Schutzkleidung versuchen, die Brände zu löschen und einige dabei so verstrahlt werden, dass sie bald sterben, beginnt in der nahe gelegenen Stadt Pripjat ein ganz normaler, schöner Samstag. Zwar gibt es Gerüchte über einen Unfall im Atomkraftwerk, aber die Kinder gehen zur Schule, man fährt ins Grüne und zum Baden. Die Verantwortlichen der Stadt haben Anweisungen, Normalität zu demonstrieren.

+++ 27. April 1986, 14.00 Uhr +++  
Die Evakuierung der Einwohner von Pripjat beginnt. Über 30 Militärhubschrauber beginnen, 40 Tonnen Bor, 800 Tonnen Dolomit, 1.800 Tonnen Sand und



Ein Blick über die Geisterstadt Pripjat. Rund 48.000 Menschen lebten zuletzt in der erst 1970 gegründeten Stadt – bis zur Katastrophe 1986. Im Hintergrund der Kernreaktor.



Gespentisch mutet dieses mittlerweile recht verfallene Schwimmbad in Pripjat an.

abzuwiegen, schönzureden, zu vertuschen oder gar mit dreisten Lügen das Offensichtliche abzustreiten.

Nicht nur vor Ort: 1986 behauptete die französische Regierung über Wochen, die Strahlenwolke von Tschernobyl habe an der deutsch-französischen Grenze Halt gemacht und die ihr erteilte Einreiseverweigerung beachtet. Betroffene auf Korsika wissen es inzwischen besser.

Es wird immer nur das zugegeben, was nicht mehr abzustreiten ist. Was bei einer Katastrophe wie jetzt in Japan schnell offensichtlich ist, ist bei „normalen“ Störfällen wie zuletzt in Forsmark 2006, als man knapp vor einem GAU in einem schwedischen Siedewasserreaktor stand, nicht so schnell nachzuweisen. Aber ob Vattenfall oder Tepco: Die Betreiber und ihre Lobbyisten lügen, was das Zeug hält. Und: Sie sind meist nicht betroffen von den Folgen der Katastrophe. Ihnen entgeht vielleicht ein bisschen Geld.

Wird sich also im Jahr eins von Fukushima und im Jahr 25 von Tschernobyl daran etwas ändern? Nein, zumindest nicht, wenn Regierung und Energiekonzerne weitermachen dürfen. Auch Wahlsiege atomkritischer Parteien wie gerade in Baden-Württemberg werden noch kein einziges AKW endgültig vom Netz nehmen und erst recht keines sicherer machen. Die von EU und dem BMU verkündeten Stress-Tests dürften nur das Bekannte wiederholen: Es bleibt ein Restrisiko, und das ist Definitionssache.

### Was ist eigentlich ein Restrisiko?

Das Bundesverfassungsgericht befasste sich in seinem Kalkar-Urteil von 1978 damit und definierte Restrisiko als dasjenige hinzunehmende Risiko, das theoretisch denkbar sei, aber nach den Maßstäben praktischer Vernunft doch ausgeschlossen werden kann. Nun haben sich nicht erst seit Fukushima

die „Maßstäbe praktischer Vernunft“ bei der Beurteilung von AKWs verschoben. Das zumindest merken jetzt auch Politik und Betreiber.

Unabhängig davon, dass in einem dreimonatigen, aus rein wahltaktischen Gründen beschlossenen, rechtlich fragwürdigen und schon jetzt grandios gescheiterten Moratorium eine echte Überprüfung nicht leistbar ist: Was sollten diese Tests Neues ergeben? Ein wesentlicher Bestandteil des rot-grünen „Atomkonsens“ war doch, den Energiekonzernen größere Nachrüstungen gegen Zusage definierter Restlaufzeiten zu ersparen. Praktisch ist seit rund zehn Jahren nur noch marginal in verbesserte Sicherheit investiert worden. Und dies auch nur dort, wo es von den Behörden verlangt wurde. Zumindest in Baden-Württemberg beantragte die EnBW 2006 ein umfangreiches – großteils auch sinnvolles – Nachrüstungspaket für eines ihrer AKWs. Der Antrag liegt bis heute

Lehm und 2.400 Tonnen Blei auf den Reaktor abzuwerfen. Diese Aktion dauert bis zum 10. Mai.

**+++ 28. April 1986, 16.00 Uhr +++**

Die Nachrichtenagentur afp meldet, dass in der Umgebung des südschwedischen AKW Barsebäck erhöhte Radioaktivität festgestellt wurde. Das AKW Forsmark, nördlich von Stockholm, wird geräumt, nachdem außerhalb der Anlage in einem Umkreis von vier Kilometern erhöhte radioaktive Strahlung gemessen worden war.

**+++ 28. April 1986, 20.08 Uhr +++**

Erstmals schickt die amtliche Nachrichtenagentur

TASS die erste sowjetische Information über eine Havarie im Atomkraftwerk Tschernobyl über den Ticker.

**+++ 30. April 1986, morgens +++**

Im Raum München wird in Bodennähe erhöhte Radioaktivität festgestellt. Die Wolke hat Deutschland erreicht.

**+++ 30. April 1986 +++**

Wladislaw Terechow, Gesandter der Botschaft der UdSSR in der BRD, erklärt in „heute“ (ZDF): „Die radiologische Lage in diesem Gebiet ist stabilisiert, obwohl die Verschmutzung dort geringfügig

die Normen übertroffen hat; aber nicht in dem Maße, dass es irgendwelche Sondermaßnahmen erforderlich machen würde.“

**+++ 1. Mai 1986 +++**

In Kiew, Minsk und vielen anderen betroffenen Orten finden die Demonstrationen zum 1. Mai in gewohnter Weise statt.

**+++ Erste Maitage 1986 +++**

Die Evakuierung innerhalb der 30-Kilometer-Zone beginnt. Insgesamt müssen 1986 116.000 Menschen dauerhaft ihre Häuser verlassen, die Nutz- und Haustiere werden getötet, über



Die Geisterlandschaft entwickelt eine ganz eigene Ästhetik: verlassenes Dorf in der 30-km-Zone um Tschernobyl.



Schweres militärisches Gerät war bei den Aufräumarbeiten in großer Zahl im Einsatz. Die verstrahlten Fahrzeuge wurden an Ort und Stelle zurückgelassen.

Fotos (4): Elena Filatova / www.elenafilatova.com

unbearbeitet in den Schubladen des zuständigen Ministeriums ...

### Laufzeiten abkürzen – und zwar drastisch!

Natürlich kostet ein Ausstieg Geld, selbst wenn jetzt ein entsprechendes Gesetz durch Bundestag und Bundesrat gebracht wird. Nicht nur können die Betreiber für den Moratoriumsstillstand Schadenersatz verlangen, sie können – und einige werden dies auch – selbiges für verkürzte Restlaufzeiten tun.

Dabei ist Atomkraft nur deshalb so billig, weil alle wesentlichen Forschungs- und Entwicklungs- sowie die Entsorgungskosten samt eventueller Katastrophenschäden vom Staat bezahlt werden, egal, um welches Land es sich handelt. Ein Ausstieg in den nächsten – sagen wir vier – Jahren wird den Strompreis jedoch nur marginal erhöhen. Man muss auch keinen Atomstrom aus der Ukraine im-

portieren, der dann in bayrischen oder österreichischen Pumpspeicherkraftwerken in „Ökostrom“ umgeformt wird.

Es wird – vorübergehend – etwas mehr Kohle als derzeit verstromt werden, aber auch das wird durch den Ausbau der erneuerbaren Energien bald wettgemacht sein. Nein, ein rascher Ausstieg – und der ist derzeit nur in Deutschland absehbar – wird vor allem ein Zeichen setzen. Hier zu Lande bedarf es dazu des massiven Drucks seitens der Bevölkerung, denn die Atomlobby spielt auf Zeit und darauf, dass Fukushima rasch aus den Medien verschwindet.

Gelingt der Ausstieg hier in Deutschland, wird auch in anderen Ländern, vielleicht sogar in Frankreich, ein entsprechendes Umdenken einsetzen. Und das ist gut für alle. Besonders für die, die dann einem künftigen Super-GAU entgehen ...

Stefan Vockrodt

260.000 schwangere Frauen und Kinder werden während der Sommermonate in andere Gebiete verschickt. 10.000 km<sup>2</sup> auf dem Gebiet der Ukraine, Weißrusslands und Russlands werden zur Sperrzone erklärt. 1.181.209.000 Tonnen Erdreich, Wald und so weiter werden in der Sperrzone abgetragen.

#### +++ 18. Mai 1986 +++

Am Ostufer des Ölper Sees in Braunschweig messen unabhängige Wissenschaftlerinnen auf einem Streifen von 300 Metern Kontaminationen von 100.000 – 700.000 Becquerel/m<sup>2</sup>. Zuvor waren schon auf der Rollschuhbahn im Prinzenpark

Werte bis 100.000 Becquerel/m<sup>2</sup> gemessen worden. Ein Antrag auf Sperrung der Bahn wurde von der Stadt und dem Verwaltungsgericht abgelehnt, die Eltern mussten ihre Kinder ja nicht Rollschuh fahren lassen.

#### +++ 6. Juni 1986 +++

Nach heftigen Auseinandersetzungen über die schlechte Informationspolitik der Bundesregierung und die mangelnde Koordination der beteiligten Ressorts wird das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gegründet.

#### +++ 28. August 1986 +++

In der französischen Zeitung Le Monde erklärt Hans Blix, damals Chef der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO): „Angesichts der Wichtigkeit der Kernenergie kann die Welt einen Unfall vom Ausmaß Tschernobyl pro Jahr ertragen.“ Die IAEO – fälschlicherweise oft als Behörde bezeichnet – ist eine der UN nahe stehende Organisation, deren Ziel es ist, die Nutzung von Atomenergie auf der Welt zu fördern.

#### +++ 29. September 1986 +++

In Tschernobyl geht Reaktorblock 1 wieder in Betrieb, die Blöcke 2 und 3 folgen im November.

Tschernobyl-Initiative in der Propstei Schöppenstedt

# Hilfe für die Opfer in Weißrussland

**W**ie in fast allen Propsteien der Landeskirche bereitete man sich auch in der Propstei Schöppenstedt im April 1986 auf das jährlich stattfindende „Pfingst-Zeltlager“ für Kinder vor. Da hinein platzte die Nachricht von der Tschernobyl-Katastrophe und der radioaktiven Wolke, die auch über Deutschland zog. Widersprüchliche Informationen ließen aufhorchen und die Verantwortlichen mussten sich damit auseinandersetzen, ob es zu verantworten ist, Kinder zu einem Zeltlager einzuladen ...

Mit dreijähriger Verzögerung erfuhr das weißrussische Volk, dass über ihr Land 70 Prozent des Fallouts vom Katastrophenreaktor im südlichen Nachbarland Ukraine niederging. Dem Hilferuf aus Weißrussland (Belarus) und der Bitte um die Verschickung der „Tschernobylkinder“ ins Ausland wurde von vielen spontan gegründeten Initiativen auf der ganzen Welt entsprochen.

1990 fanden die ersten Kinderlager in Deutschland statt (in der Landeskirche Braunschweig war die Evangelische Jugend Bad Gandersheim ganz spontan im Einsatz). Ende 1990 bildeten sich weitere Initiativen. Die Evangelische Jugend der Propstei Schöppenstedt beteiligte sich zunächst in Kooperation mit anderen Propsteien an Kindererholungsmaßnahmen für Tschernobylkinder aus Belarus im Freizeitheim Rábke. 1993 führte sie ihre erste eigene Kindererholungsmaßnahme im Freizeit- und Bildungszentrum Freundschaft (Falkenheim) durch.

Im April entstand hieraus der Verein Tschernobyl-Initiative in der Propstei Schöppenstedt e. V. mit inzwischen rund 200 Mitgliedern. Zweck und Ziel des Vereins ist, die Tschernobyl-Katastrophe und ihre Folgen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und die betroffenen Menschen in Weißrussland ideell und materiell zu unterstützen. 2001 führten wir erfolgreich eine (einmalige) Sammelaktion für die Herzoperation von „Katja“ durch. Unser Hauptpartner war über lange Jahre die weißrussische Blindengesellschaft. Seit 2009 ist unser Hauptpartner der belarussische Verein „Hoffnung für die Zukunft“, ein Dachverband, der landesweit Tschernobyl-Initiativen, aber auch soziale Einrichtungen und Krankenhäuser betreut. Wir stehen mit unterschiedlichen Personen, Gruppen und Institutionen in Weißrussland in Kontakt, die sich zur Aufgabe gemacht haben, die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe zu lindern.

## Erholungsaufenthalte für Kinder

Alle zwei Jahre laden wir 30 Kinder ins Falkenheim nach Groß Denkte (Landkreis Wolfenbüttel) zu einem vierwöchigen Erholungsaufenthalt ein. Am Wochenende sind die

Kinder jeweils zu zweit in Gastfamilien untergebracht. Über lange Jahre waren wir im Bereich „Humanitäre und medizinische Hilfe (Hilfstransporte)“ aktiv. Aus sehr unterschiedlichen Gründen mussten wir diesen Bereich inzwischen einstellen. Jüngere Vereinsmitglieder haben eine Homepage der Tschernobyl-Initiative erarbeitet und aufgebaut: [www.tschernobyl-initiative.eu](http://www.tschernobyl-initiative.eu) Drei Blogs geben Auskunft über die derzeitigen Schwerpunkte der Arbeit: „Kindererholung“, „Energie der Zukunft“ und „Belarus“. Über den Blog „Belarus“ informieren wir mit Informationen des belarussischen Strahlensinstituts BELRAD über aktuelle Messberichte und Messprojekte.

In der Vergangenheit waren wir (teilweise in Kooperation mit anderen Institutionen) an folgenden Aktionen beteiligt: deutsch-weißrussischer Berufsschüleraustausch, deutsch-weißrussische Lehrerfortbildung, freiwillige Arbeitseinsätze im Kinderzentrum Nadeschda/Wilejka, Fahrten für spezielle Zielgruppen (zum Beispiel Landwirte, Mediziner, Strahlenschutz und Theologen). Mit anderen (vorwiegend landeskirchlichen) Einrichtungen führen wir Veranstaltungen durch und geben Publikationen heraus.

Paul Koch



Ein Teil der „Geisterstadt“ Pripjat: das Jahrmarktsgelände.  
Foto: [www.elenafilatova.com](http://www.elenafilatova.com)

### +++ 11. Oktober 1991 +++

Nach einem Großbrand in der Turbinenhalle wird Block 2 abgeschaltet und am 20. Oktober 1993 endgültig stillgelegt.

### +++ 15. Dezember 2000 +++

Der letzte Reaktorblock in Tschernobyl (Block 3) wird stillgelegt. Im November 1996 war bereits Block 1 abgeschaltet worden. Mehr als 14 Jahre hat das staatliche Unternehmen Energoatom seine Mitarbeiter in die unmittelbare Nachbarschaft des havarierten Reaktors geschickt, um weiterhin Atomstrom zu produzieren. Für die Stilllegung von Tschernobyl bekommt die ukrai-

nische Regierung 3,1 Milliarden DM von der EU, über die sie frei verfügen kann – auch für den Bau neuer AKWs.

### +++ 5. Juni 2001 +++

Israelische und ukrainische Wissenschaftler berichten, dass sie im Erbgut von Kindern der Liquidatoren siebenmal mehr Mutationen als bei Vergleichsgruppen gefunden hätten.

### +++ September 2005 +++

Das Tschernobyl-Forum, eine Arbeitsgruppe unter dem Dach der IAEQ, legt einen Bericht über die Strahlenfolgen der Tschernobyl-Katastrophe vor

und heizt damit die Auseinandersetzung um die Folgen an. Nur 50 Todesfälle könnten direkt der Strahlung zugeschrieben werden. 2.200 Liquidatoren müssten mit einem vorzeitigen Ableben rechnen, etwa 4.000 Schilddrüsenkrebsfälle seien auf den Unfall zurückzuführen. Ansonsten gäbe es keine Anzeichen für Krebserkrankungen oder Missbildungen von Neugeborenen. Weitere Krankheiten seien rein psychosomatisch.

### +++ April 2006 +++

Die Ärzteorganisation IPPNW legt eine eigene Studie zu den Tschernobyl-Folgen vor: Nach russischen Angaben sind mehr als 90 Prozent der Liquidatoren

Nach den Wahlen vom 27. März

# Atomausstieg nicht den Parteien überlassen

**A**uch wenn es sich bei der Abschaltung von acht Atomreaktoren um ein zweifeltes Wahlkampfmanöver handelte, war es doch ein richtiger Schritt. Die Opposition hat sich in der Auseinandersetzung um die rechtliche Zulässigkeit der atompolitischen Kehrtwende der Bundesregierung nicht mit Ruhm bekleckert. Mit der Behauptung, dieser Schritt würde Schadenersatzzahlungen nach sich ziehen, hat sie sich gar zum Stichwortgeber für die Atomindustrie gemacht.

Richtig ist, dass man kaum eine juristische Begründung für das „Aussetzen der Laufzeitverlängerung“ finden wird. Das ist aber irrelevant. Denn diese „Aussetzung für drei Monate“ hat keinerlei Auswirkung auf den Betrieb der neun verbleibenden Atomkraftwerke. Die dürfen auch nach dem rot-grünen Konsens noch Jahre weiterlaufen.

## Abschaltung ohne rechtliche Grundlage?

Falsch ist, dass die Bundesregierung die acht Atomreaktoren nicht nach §19 (3) Atomgesetz hätte abschalten dürfen. Das Atomgesetz kennt zwei Eingriffsmöglichkeiten für den so genannten „sicherheitsorientierten Vollzug“: Nach §17 (5) kann die Atomaufsicht Reaktoren aus Sicherheitsgründen endgültig stilllegen, „wenn dies wegen einer erheblichen Gefährdung der Beschäftigten, Dritter

oder der Allgemeinheit erforderlich ist und nicht durch nachträgliche Auflagen in angemessener Zeit Abhilfe geschaffen werden kann.“

Nach §19 (3) kann die Bundesregierung Atomanlagen zur Gefahrenabwehr einstweilen stilllegen, auch ohne erst Auflagen zu erlassen.

Das Atomgesetz sieht vor, dass neue Erkenntnisse Auswirkungen auf die Genehmigungen der Anlagen haben können. Trotz Warnungen war die herrschende Meinung in Politik und Justiz, dass das Risiko für eine technisch exzellent aufgestellte Industrialisation extrem gering und beherrschbar sei. Die Katastrophe von Fukushima hat sie eines Besseren belehrt. Und deshalb ist es sogar zwingend, dass die Regierung die Vorschriften des Atomgesetzes jetzt zum Schutz der Bevölkerung anwendet.

Das wäre nach dem 11. September 2001 auch geboten gewesen, denn die deutschen AKWs sind gegen solche Terrorangriffe nicht geschützt. Aber da war die Tinte unter dem Atomkonsens, der auch ein sicherheitstechnisches Stillhalteabkommen war, noch nicht trocken.

## Nach den Wahlen: Jetzt abschalten!

Die Wahl in Baden-Württemberg war eine Volksabstimmung für die Stilllegung der

Atomkraftwerke und zwar jetzt und nicht in zehn oder 15 Jahren. Die acht abgeschalteten Atomkraftwerke dürfen nicht wieder ans Netz, die anderen müssen ebenfalls stillgelegt werden. Gerade wir im Braunschweiger Land mit unserer Nähe zum Atomkraftwerk Grohnde haben ein elementares Interesse, dass dieser Meiler sofort abgeschaltet wird. Eine Reaktorkatastrophe wie in Fukushima würde unser Leben zerstören.

Ob die endgültige Stilllegung über ein Gesetz oder verschärfte Sicherheitsanforderungen vollzogen wird, ist nachrangig.

Die Pläne für Sicherheitsauflagen, die den Weiterbetrieb unwirtschaftlich machen würden, liegen in der Schublade des Bundesumweltministeriums, wie das ARD-Magazin Kontraste am 17. März enthüllte. Es hängt von uns allen ab, ob sie herausgeholt werden. Ein Verbot der zivilen und militärischen Nutzung der Atomtechnik im Grundgesetz wäre natürlich eine noch sauberere Lösung.

Nur wenn weiterhin viele Menschen auf die Straße gehen, können wir durchsetzen, dass das Leid in Japan wenigstens in Deutschland Konsequenzen hat. So wichtige Dinge wie den Atomausstieg darf man auf keinen Fall den Parteien überlassen.

Ursula Schönberger  
AG Schacht KONRAD



arbeitsunfähig, krank und altern schneller. Zwischen 50.000 und 100.000 sind inzwischen verstorben. Allein in Weißrussland gab es bisher 10.000 Schilddrüsenkrebsfälle, junge Frauen erkranken verstärkt an Brustkrebs. Aber auch andere Erkrankungen des Nervensystems, des Kreislaufsystems, der Verdauungsorgane, des Knochen-Muskelsystems, der Haut sowie psychische Erkrankungen haben sich vervielfacht. Das Ausmaß der genetischen Schäden lässt sich schwer abschätzen, die Zahlen schwanken zwischen 12.000 und 83.000 Missbildungen in der Tschernobylregion. Allein in Bayern gab es nach der Katastrophe 1.000 bis 3.000 zusätzliche Missbildungen.

### +++ 17. September 2007 +++

Das europäische Konsortium Novarka bekommt den Auftrag, eine Stahlhülle über dem Sarkophag zu errichten. Die Kosten werden auf 1 – 1,6 Milliarden Euro geschätzt. Seit Jahren muss der Betonsarkophag immer wieder notdürftig saniert werden, weil Regenwasser eindringt und der Einsturz droht. Die Hitze im Inneren des Reaktors von Tschernobyl beträgt immer noch mehr als 200° C.

### +++ 12. August 2010 +++

Seit Wochen wüten schwere Wald- und Torfbrände in Russland. Erstmals geben die russischen

Behörden zu, dass diese Brände auch die seit Tschernobyl radioaktiv verseuchten Gebiete im Westen Russlands erfasst und radioaktiven Staub aufgewirbelt haben.

### +++ aktuell +++

Das Bundesamt für Strahlenschutz warnt für bestimmte Regionen auch heute noch vor dem Verzehr von Pilzen und Wildbret. In Wales dürfen manche Schafe immer noch nicht verzehrt werden, weil ihre Weiden mit Cäsium 137 kontaminiert sind.

Ursula Schönberger  
AG Schacht KONRAD